



Zierpflanzenproduzenten werden zunehmend in die Pflicht genommen: So sollen Gewächshäuser möglichst energieeffizient betrieben werden, Substrate torffrei oder torfreduziert sein und Plastikgefässe recycelt werden.

Pflanzenproduzenten unter politischem Druck

Die Zierpflanzenproduzenten konnten ihre Stellung im Markt während der Corona-Pandemie stärken, sagten die Referenten an deren Hauptversammlung unisono. Zunehmend sind sie aber auch umweltpolitischen Forderungen ausgesetzt, die im Betrieb zu Zusatzkosten führen. Umso wichtiger wird eine Kommunikationsstrategie, die den Auftritt von JardinSuisse nach innen und aussen stärkt. Text und Fotos: Urs Rüttimann

Die Corona-Pandemie hielt die Zierpflanzenproduzenten in den vergangenen zwei Jahren auf Trab. Trotz der Lockdowns und Massnahmen gegen die Pandemie konnte die Fachgruppe Zierpflanzen alle Sitzungen nahtlos weiterführen, wenn auch teilweise als Videokonferenzen. Nach ereignisreicher Zeit fanden sich die Zierpflanzenproduzenten Ende Jahr erstmals wieder zu ihrer Hauptversammlung in der Gartenbauschule Oeschberg ein. «Zu Beginn von Corona hatten einige Betriebe grosse Probleme, und hatten sogar Angst um ihre Existenz. Bei anderen lief es besser denn je», blickte Jürg Rüttimann, der Fachpräsident der Fachgruppe Zierpflanzen, auf die Anfänge der Pandemie zurück.

Tendenziell werden seither vermehrt Schweizer Produkte der Grünen Branche oder anderer Wirtschaftszweige nachge-

fragt. «Die Endkunden möchten wissen, was wo produziert wird. Viele wollen nicht mehr Rosen aus Ecuador, Chrysanthemen aus Kenia oder Christbäume aus Dänemark kaufen», begründet Rüttimann. Zusätzlich haben Lieferschwierigkeiten bei Rohstoffen und Vorprodukten in den vergangenen Monaten definitiv eine riskante Abhängigkeit vom Ausland aufgezeigt und das Bewusstsein für den Nutzen der inländischen Produktion geschärft.

Geglätteter Teuerungsausgleich

Die Verhandlungen der Sozialpartner mit je vier Vertretern des Unternehmervereins JardinSuisse und des Arbeitnehmervereins Grüne Berufe Schweiz (GBS) wurden Ende November abgeschlossen. Der GBS trat in den Verhandlungen vehement für einen generellen Ausgleich der Teuerung und für

eine zusätzliche Erhöhung der Lohnsumme um zusätzlich 0,5 Prozent ein. Demgegenüber setzte sich die Delegation von JardinSuisse für einen geglätteten Teuerungsausgleich ein, der nicht jährlich vorgenommen wird und bei negativer Inflation die Lohnsumme eigentlich kürzen müsste, wie Carlo Vercelli, der Geschäftsführer von JardinSuisse, informierte.

Geeinigt haben sich die beiden Verbände auf einen Kompromiss: Den Lohn erhöht man generell um 0,5 Prozent (Teuerungsausgleich), aber nur bei einem Monatsgehalt bis zu 4250 Franken im GaLaBau und bis zu 4000 Franken bei den Baumschulen, den Produzenten und dem Detailhandel. «Unter Einbezug der generellen Lohnerhöhungen soll die gesamte Lohnsumme um 1 Prozent angehoben werden», teilte Vercelli mit.



Bei den Mindestlöhnen wurde bereits die laufende Revision der Grundbildung mitberücksichtigt. Diese Revision sieht vor, die Berufsfelder Zierpflanzenproduzenten, Baumschulen und Detailhandel in einer einzigen Lehre Produktion zusammenzuführen. Bereits sind deshalb die Lohnunterschiede zwischen den Berufsfeldern bei den ungelernten Arbeitskräften ausgeglichen worden. In den nächsten Jahren sollten auch die Anfangslöhne für Gärtner mit EFZ und leitende Angestellte mit Fachausbildung aneinander angenähert werden.

CO₂-Reduktion auf Kurs

Seit 2013 werden Zierpflanzenbetriebe mit Gewächshäusern von der CO₂-Abgabe befreit, wenn sie die betreffenden Zielvereinbarungen des Bundes erfüllen. Der Bundesrat hat Schweizer Firmen aller Branchen diese Möglichkeit eingeräumt, damit sie nicht wegen hoher CO₂-Kosten ihre Produktion ins Ausland verlegen. Verankert ist diese Massnahme in der klimapolitischen Zielsetzung, bis 2030 den CO₂-Ausstoss im Vergleich zu 1990 zu halbieren. Firmen, die an diesem Programm teilnehmen, erhalten die 2008 per Gesetz eingeführten CO₂-Lenkungsabgaben zurückerstattet (siehe Kasten Seite 35).

Die JardinSuisse-Betriebe werden bei der Umsetzung von der DM Energieberatung AG begleitet, die zuhanden der Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) die Einsparungen ermittelt und die Einhaltung der Vereinbarung kontrolliert. Unterteilt sind die an

diesem Programm teilnehmenden Firmen in drei Gruppen. In der Zeitspanne von 2013 bis 2020 haben alle drei Gruppen die Zielvorgaben hinsichtlich der CO₂-Vorgaben erreicht. «Beinahe 95 000 Tonnen CO₂ wurden in diesen Jahren eingespart», sagt Sara Willi, die als Fachfrau für die DM Energieberatung AG die JardinSuisse-Betriebe betreut. Die Rückerstattung der bezahlten CO₂-Abgaben und der Verkauf von Übererfüllungen des CO₂-Absenkpades beliefen sich auf fast 15 Millionen Franken. Die Bilanz der Gruppen zeigt auf, dass die CO₂-Emissionen der Phase von 2013 bis 2020 um ein Drittel reduziert werden konnten. «Im Vergleich zu anderen Branchen ist dies ein sehr guter Wert», sagt Willi. Nur einzelne wenige Betriebe hätten die Zielwerte nicht erreichen können.

Verlängerte CO₂-Rückerstattung

Ab 2021 wird der Zielpfad für die Energieeinsparung voraussichtlich flacher definiert. Nach aktuellem Kenntnisstand der EnAW wird die jährlich eingeforderte Absenkung des Zielpfades gegenüber dem Vorjahr noch zwei Prozent betragen. Die Energieberaterin zeigt sich zuversichtlich, dass selbst bei einer steigenden Produktion mit höherem Energieaufwand die Ziele bis 2024 erreicht werden. In den Vorjahren nämlich sind innerhalb der Gruppen zusätzlich zu den ausbezahlten Übererfüllungen des CO₂-Absenkpades auch Reserven gebildet worden. Diese Reserven können schlimmstenfalls in den kommenden Jahren aktiviert werden,

um nicht erfüllte Zielwerte zu kompensieren, wie die Energieberaterin ausführt. «Der Verkauf von Übererfüllungen hingegen ist wahrscheinlich ab 2022 nicht mehr möglich.»

Interessierte Betriebe haben die Möglichkeit, sich noch bis am 31. Dezember 2022 für das Förderprogramm anzumelden. g'plus wird im Februar in einem Beitrag über die weitere Zukunft des Förderprogramms ausführlich berichten. Die Förderinstrumente der CO₂-Reduktion (beispielsweise Abgabebefreiung und Kompensationspflicht) werden voraussichtlich auch nach 2024 weitergeführt. In der Praxis haben sie sich bisher bewährt und politisch werden sie breit unterstützt. Der Bundesrat arbeitet derzeit an einem zweiten Vorschlag für ein neues CO₂-Gesetz.

Wie weiter mit dem Kunststoff?

«Unsere Branche ist im Kunststoff-Recycling nicht vorbildlich», sagte Jürg Gerber zum politisch brisanten Thema der Kreislaufwirtschaft. Gemäss dem Geschäftsführer der Lamprecht Pflanzen AG in Illnau (ZH) sind im Fachvorstand verschiedene Lösungen diskutiert worden, wie verhindert werden kann, dass Kunststoff aus Gärtnereien in Kehrrichtverbrennungsanlagen landet. Immer wieder musste der Fachvorstand gemäss Gerber jedoch erkennen: «Die Branche ist zu klein, um eine eigenständige Lösung zu finden.» Für einen funktionierenden Kreislauf müssten über die Gärtnereien hinaus auch die Recyclingfirmen und die Konsumenten eingebunden werden.

Ein einzelnes Unternehmen kann jedoch bereits heute einiges für eine Umwelt ohne Kunststoffberge tun:

- Statt Kunststoff über die Kehrrichtabfuhr zu entsorgen, sammelt der Pflanzenproduzent Töpfe, Trays und andere Kunststoff-Güter und transportiert sie ins Recyclingwerk. Muss dazu eine grössere Distanz zurückgelegt werden, lohnt es sich, den anfallenden Kunststoff zu Ballen zu pressen. So gebündelt benötigt er dreimal weniger Platz und kann kostensparend transportiert werden.
- Die Verwendung von Recycling-Kunststoff belastet die Umwelt weit weniger. Produkte diese Art sind viele im Angebot*.
- Mehrwegsystemen soll man den Vorzug geben. Diese müssen innerhalb der Lieferkette organisiert werden.
- Auf dem Markt sind verschiedene Produkte aus erneuerbaren oder nachwachsenden Rohstoffen erhältlich. Allerdings sollte abgeklärt werden, ob die verwendeten Stoffe aus ökologischer und sozialer Sicht tatsächlich ein guter Ersatz sind.



Olivier Mark, Präsident JardinSuisse: «Die IG Zukunft Pflanzenschutz hat dazu beigetragen, den Abstimmungskampf zu gewinnen.»



Sara Willi, DM Energieberatung: «Beinahe 95 000 Tonnen CO₂ wurden in diesen Jahren eingespart.»



Jürg Gerber, Fachvorstand Produktion Zierpflanzen: «Unsere Branche ist im Kunststoff-Recycling nicht vorbildlich.»

- Auf zusätzliche Verpackung wird verzichtet, soweit dies hinsichtlich der Kundenschaft möglich ist.
- Chlorhaltiges Verpackungsmaterial wie PVC wird vermieden.

Umweltpolitische Forderungen

Die Abstimmungen über die beiden Agrarinitiativen, aber auch die Lockdowns gegen die Ausbreitung der Corona-Pandemie zeigen auf, dass die Grüne Branche vermehrt mit politischen Anliegen konfrontiert wird. Ein gutes Beispiel dafür sind für den JardinSuisse-Verbandspräsidenten Olivier Mark die beiden Agrarinitiativen: Für die Abstimmungskampagne gründeten betroffene Verbände und Organisationen in kurzer Zeit 2019 die Interessengemeinschaft Zukunft Pflanzenschutz. Diese IG informierte über das Thema Pflanzenschutz und klärte über umsetzbare Lösungen auf, wie das Risiko von Pflanzenschutzmitteln für Mensch und Umwelt reduziert werden kann, ohne die Existenz von Unternehmen zu gefährden. «Die IG Zukunft Pflanzenschutz hat dazu beigetragen, den Abstimmungskampf zu gewinnen», hielt Mark fest. Für ihn stellt sich deshalb die Frage: «Wollen wir diese Organisation mit ihrer überschaubaren Struktur für weitere künftige Zielsetzungen beibehalten?» Die IG ist formal als sogenannte «einfache Gesellschaft» organisiert.

«Aktiv könnte die IG die Öffentlichkeit weiterhin über laufende Fortschritte hinsichtlich eines umweltschonenden Pflanzenschutzes orientieren», so der JardinSuisse-Präsident. Die Auslagen für dieses Engagement halten sich in Grenzen: Ein Medienevent kostet 10 000 Franken, weitere 20 000 Franken wären für ein Sekretariat erforderlich, das Koordinationsaufgaben übernimmt. Vorabklärungen ergaben, dass

von den Gründer-Organisationen die Gemüsebauern und die Früchtebauern die IG Zukunft Pflanzenschutz beibehalten wollen. Die beiden Verbände möchten, unter Aufteilung der Kosten, JardinSuisse für eine Mitarbeit gewinnen.

Der Vorstand der Fachgruppe Zierpflanzen diskutiert momentan dieses Angebot, hat aber noch keinen Beschluss gefasst. «Wir überlegen uns, ob wir für eine Sache Geld investieren wollen, deren Ziele noch nicht klar definiert werden können», sagte ihr Präsident Jürg Rüttimann. «Politische Vorstösse mit dieser Thematik stehen zwar zurzeit keine an. Doch klar ist schon auch, dass sich dieses Begehren mit den beiden Agrarinitiativen nicht erledigt hat.» Darüber hinaus müsse generell geklärt werden, wie der Kontakt zu den partnerschaftlichen Organisationen aufrechterhalten werden kann.

Torf soll global reduziert werden

Der Torfausstieg der Gärtnereien macht Fortschritte, wie Josef Poffet informierte. Der Bereichsleiter Produktion und Handel legte dar, wie JardinSuisse zusammen mit Gartencentern, Detailhändlern und Substratherstellern Branchenvereinbarungen des Bundesamtes für Umwelt unterzeichnet hat, den Torfanteil im Verkauf, in der Zierpflanzenproduktion und im Gartenlandschaftsbau schrittweise unter fünf Prozent zu senken. Während dieses Ziel bei den Sackerden bereits 2020 umgesetzt worden ist, soll es im Garten- und Landschaftsbau 2025 und in der Zierpflanzenproduktion 2030 erreicht werden.

Ausserdem forderte JardinSuisse den Bund auf, bei den internationalen Regelwerken strengere Reduktionsziele zu definieren. Denn nur so erhalten die torffre-

duzierten und torffreien Pflanzen aus der Schweiz, die aufwendiger produziert werden, einen gewissen Schutz vor kostengünstiger Importware. Folglich hat die Schweiz 2021 auf internationaler Ebene der Organisation GlobalG.A.P. den Anpassungsantrag gestellt, dass Zierpflanzenproduzenten, Baumschulen sowie Früchte- und Gemüsebauern nur noch Substrate verwenden dürfen, deren Volumen mindestens zu 25 Prozent aus Torfersatzstoffen besteht.

GlobalG.A.P., die weltweit Qualitätsstandards für Produkte und Zertifikate im Primärsektor ausstellt, wird momentan einer Revision unterzogen. Im Revisionsentwurf zu den Qualitätsstandards ist jedoch nur eine Torfreduktion von mindestens zehn Prozent vorgesehen. Der Antrag der Schweiz, den Torfanteil um mindestens 25 Prozent zu verringern, ist noch hängig. Über den Torfausstieg und dessen Konsequenzen in der Kulturförderung orientierte Poffet am Substratforum der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ausführlich (siehe g'plus 22/2021, «Kein Torfausstieg ohne Forschung und fairen Markt»).

JardinSuisse als Marke pflegen

Für aussenstehende Personen wirkt der Auftritt von JardinSuisse mit seinen vielen Logos, Webseiten und unterschiedlich gestalteten Dokumenten irritierend. Martina Hilker, die seit 2020 die Kommunikation von JardinSuisse leitet, hat deshalb ein umfangreiches Kommunikationskonzept ausgearbeitet. Vorgängig kam nach einigen Diskussionen der Zentralvorstand zum Schluss, dass der einheitlichere Auftritt und damit das Image nach aussen gestärkt werden müssen.

Für Hilker hat Corona aus Sicht von JardinSuisse auch «Positives» bewirkt, weil die

Pandemie die Aufmerksamkeit verstärkt auf die Grüne Branche und somit auf den Verband gelenkt hat: Immer wieder berichteten auch grössere Tageszeitungen über das Wirken der Gärtner, und die Verbandsspitze konnte sich direkt im Schweizer Fernsehen und auf diversen Radiosendern zur Lage der Branche äussern. Im Alltag haben der Garten und Balkon als willkommener Aufenthaltsort seit der Pandemie ebenfalls an Wertschätzung gewonnen. «Auf diesen Trend konnten wir mit der Kernbotschaft «Wir schaffen Lebensraum und Lebensfreude» aufspringen, und diesen Schwung müssen wir nun beibehalten», sagte die Kommunikationsleiterin von JardinSuisse.

Will man diesen Inhalt klar vermitteln, hat dies ihrer Ansicht nach auch Konsequenzen für den Auftritt des Verbands. Eine Analyse der zahlreichen Logos, der Homepage und untergeordneten Webseiten sowie diverse Druckerzeugnisse ergab ein unklares und unterschiedliches Erscheinungsbild von JardinSuisse, das kaum zur Stärkung des Verbandes in der öffentlichen Wahrnehmung beiträgt. Demgegenüber empfahl Hilker eine fokussierte Ausrichtung auf «eine Marke», also JardinSuisse und ein wiedererkennbares Erscheinungsbild: «Nur dann werden wir auch als Einheit trotz vieler unterschiedlicher Bereiche wahrgenommen.»

Für die Umsetzung der neuen Kommunikationsstrategie hat sich der Zentralvorstand für die Agentur Stämpfli Kommunikation in Bern entschieden, die über eine grosse Erfahrung mit Auftritten von Wirtschaftsverbänden verfügt. Neben einer Vereinheitlichung des Erscheinungsbildes und einer durchgängigen Anwendung des Claims «Hier wächst Zukunft» steht die Kernbotschaft «Lebensraum und Lebensfreude» zentral in der Kommunikationsstrategie von JardinSuisse. Claim und Botschaft können für eine gezielte Bildsprache mit Menschen genutzt werden, die gerne mit Pflanzen leben und arbeiten. Alles auf einmal werde JardinSuisse allerdings nicht ändern und angleichen können, erklärte Hilker zur Umsetzung der Kommunikationsstrategie. «Die Massnahmen und Aktivitäten müssen priorisiert, entwickelt und realisiert werden. Im Fokus der kommenden Monate stehen aber klar die Homepage sowie die unterschiedlichen Webseiten, der Jahresbericht wie auch entsprechende Kampagnen.»

Reduktion der CO₂-Emissionen

Die bis 2021 befristeten Instrumente und Reduktionsziele des CO₂-Gesetzes werden voraussichtlich bis Ende 2024 weitergeführt. Der Nationalrat beschloss am 17. Dezember in der Schlussabstimmung die Verlängerung der CO₂-Reduktionsziele deutlich mit 142 Ja-Stimmen, 46 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen. Der Ständerat sprach sich mit 41 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig dafür aus.

Weil die Bevölkerung das revidierte CO₂-Gesetz am 13. Juni 2021 an der Urne abgelehnt hat, wären die befristeten Massnahmen des bisherigen CO₂-Gesetzes ab 2022 hinfällig geworden. Über 100 JardinSuisse-Produktionsbetriebe wären davon betroffen gewesen. Der Verband hat sich damals auf Bundesebene für eine Übergangslösung stark gemacht und dazu das Netzwerk JardinPolitique aktiviert (siehe g'plus 20/2021). Unterstützt wurde JardinSuisse vom Verband Schweizer Gemüseproduzenten. Die Umweltkommission des Nationalrates nahm diese Forderung in der parlamentarischen Initiative «Verlängerung des Reduktionszieles im geltenden CO₂-Gesetz» auf. Das Gesetz zur Übergangslösung tritt nach Ablauf der Referendumsfrist im April 2022 rückwirkend per 1. Januar 2022 in Kraft.

Die Förderinstrumente der CO₂-Reduktion werden voraussichtlich auch nach 2024 weitergeführt. Der Bundesrat arbeitet an einem neuen CO₂-Gesetz. Im Parlament, das nochmals darüber entscheiden wird, findet die bisherige Praxis breit Unterstützung.



Günther Kipper (links) wird vom Fachgruppenpräsidenten Jürg Rüttimann aus dem Fachvorstand Produktion Zierpflanzen verabschiedet. Die Nachfolge tritt Daniel Willi an.

* Forschungsinstitut für den biologischen Landbau (FiBL), **Merkblatt «Recycelbare Plastiköpfe»** (1195) 2021, Ausgabe Schweiz: fibl.org → Suche: 1195